

Braunschweiger Volksfreund

Sonntag, 11. Juni 2006

Zeitung der SPD Braunschweig

• Anzeige

Kehrtwende in der Baulandpolitik?



■ „In der Baulandpolitik haben wir eine Kehrtwende eingeleitet,“ behauptet OB-Hoffmann in der Presse. Ob das stimmt, lesen Sie auf Seite 3.

Razzia auf der ECE-Baustelle im Schlosspark!



■ Auf der Baustelle für das ECE-Center wird wegen Verdachts auf illegale Beschäftigung ermittelt. Warum, lesen Sie auf Seite 2.

Neue Fahrpläne für den ÖPNV in Braunschweig



■ Warum die Bürgerinnen und Bürger bei der Neuplanung der Fahrpläne für Busse und Bahnen nicht mitreden dürfen, lesen Sie auf Seite 2.

Dr. Friedhelm Possemeyer Oberbürgermeister für Braunschweig Kompetenz und Menschlichkeit prägen den Kandidaten der SPD

Es ist entschieden: Dr. Friedhelm Possemeyer ist der Kandidat der SPD für das Amt des Oberbürgermeisters bei der Kommunalwahl am 10. September.

Die Partei machte sich diese Entscheidung nicht leicht. Zunächst hatte eine Findungskommission eine Vielzahl möglicher Kandidatinnen und Kandidaten unter die Lupe genommen und geprüft, ob sie die Anforderungen erfüllen, die ein Parteitag für mögliche Kandidaten festgelegt hatte. Gefragt war persönliche und fachliche Qualifikation wie Führungsstärke, Teamfähigkeit, Erfahrung in der Kommunalverwaltung und und und ... Das Parteibuch war übrigens keine Voraussetzung, und auch Nichtbraunschweiger sollten ausdrücklich in die Auswahl einbezogen werden.

Die Findungskommission schlug Dr. Friedhelm Possemeyer als Kandidaten vor: Dieser Vorschlag wurde vom Vorstand der Braunschweiger SPD einstimmig übernommen und den Delegierten des Parteitages vorgelegt. Diese warteten gespannt auf den ersten öffentlichen Auftritt des Kandidaten. Und sie wurden nicht enttäuscht: In einer kämpferischen Rede stellte Possemeyer sich und seine Vision einer bürgerfreundlichen Stadt Braunschweig vor. Wer geglaubt hatte, Friedhelm Possemeyer werde sich vor allem eine persönliche Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Amtsinhaber leisten, sah sich getäuscht. Stattdessen entwarf er das Bild einer Stadt mit einem vielfältigen Angebot an sicheren Arbeitsplätzen, einer



Immer nah am Bürger: Seit 16 Jahren gestaltet Kommunalprofi Friedhelm Possemeyer städtisches Leben. „Braunschweig ist eine liebenswerte und starke Stadt mit einer Reihe von derzeit noch ungenutzten Chancen für eine sichere Zukunft“. Der seit Ostersonntag dreifache Familienvater ist glücklich verheiratet und lebt seit mehr als zehn Jahren in der Region Braunschweig.

Foto: Alexander Gräbner

miteinander wohnen, einer Stadt mit einem herausragenden Betreuungsangebot für Kleinkinder, einer guten Kindergartenversorgung, einer beispielhaften Schullandschaft und einem breitgefächerten Kulturangebot.

Ohne dass der Name Hoffmann ein einziges Mal genannt wurde - der Vergleich zwischen dem Redner und dem derzeitigen Amtsin-

haber drängte sich immer wieder auf. Und dabei sah CDU-OB Dr. Hoffmann ziemlich alt aus: Man sollte sich eben nicht im Glanz der „Stadt der Wissenschaft“ sonnen, wenn es gleichzeitig in Braunschweig keine einzige öffentliche Ganztagsgrundschule gibt. Und wenn Dr. Friedhelm Possemeyer über autoritäres Durchgreifen im Gegensatz zu einer le-

bedigen und offenen Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern spricht, fällt jedem Braunschweiger sofort ein Name ein. Auch dass Braunschweig bei einer bundesweiten Umfrage ein glattes „Mangelhaft“ im Punkt Familienfreundlichkeit erhalten hat, scheint den OB nicht zu stören.

Die Parteitagsdelegierten jedenfalls verstanden die Bot-



Zuhören ist seine Stärke: Dr. Friedhelm Possemeyer auf einem Spaziergang durch den Westpark am Himmelfahrtstag.

Foto: Alexander Gräbner

schaft, spendeten lang anhaltenden Beifall und wählten Dr. Friedhelm Possemeyer in geheimer Wahl mit 77 von 78 Stimmen zum Kandidaten der SPD bei der Oberbürgermeisterwahl. Auch dieses Abstimmungsergebnis

macht deutlich: Ab September wird Braunschweig mit Dr. Friedhelm Possemeyer endlich wieder einen Oberbürgermeister haben, der sich wirklich für die Bürgerinnen und Bürger einsetzt!

Einladung

Dr. Friedhelm Possemeyer trifft:

21. Juni 2006, 18,30 Uhr
- Mütterzentrum, Hugo-Luther-Straße 60a -

Renate Schmidt

Bundesministerin a.D. für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

„Familienpolitik vor Ort“

20. Juli 2006, 17 Uhr

- Tagesstätte am Stadtpark-Restaurant -

Wolfgang Tiefensee

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

„Die ‘alternde’ Stadt“

Herausforderungen durch die älter werdende Gesellschaft

SPD

Mit Herz und Verstand

Kandidatin zur Ratswahl im Wahlbereich 32

Inge Kükelhan

■ Inge Kükelhan ist sozialdemokratisches Braunschweiger Urgestein. Mit ihren 66 Jahren ist sie nahezu täglich als Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig im Einsatz: Sie empfängt Besuchergruppen, spricht das Grußwort der Stadt bei wichtigen Veranstaltungen oder gratuliert zu Ehrentagen.

Die Geschäftsführerin a. D. ist Mitglied der SPD seit 1972. Gern spricht sie darüber, wie sie von ihrem Großvater in die politische Ideenwelt der Sozialdemokratie eingeführt wurde. Das soziale Engagement ist für sie selbstverständlich – sei es als Geschäftsführerin des Krebsnachsorgevereins, dessen 1. Vorsitzende sie heute noch ist, in anderen sozialen Einrichtungen oder unmittelbar bei der Beratung und Betreuung ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger.



Foto: Dirk Alper

Doch das ist längst nicht alles: Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt greift auf das Wissen und Können der gelernten Steuerfachfrau gern zurück – ob in den Ausschüssen des Rates oder in Aufsichtsräten städtischer Betriebe. Besonders engagiert sie sich dabei in der Ha-

fenbetriebs-GmbH, die ihrem Wirken viel zu verdanken hat.

Den Einwohnern des Stadtbezirks Rühme/Velthenhof ist sie darüber hinaus als engagierte Bezirksbürgermeisterin der Jahre 1981 bis 2001 bekannt. Ihr größter kommunalpolitischer Erfolg in dieser Zeit war die Einrichtung eines Einkaufszentrums in Rühme, das ohne ihren rastlosen Einsatz nie entstanden wäre.

Von ihren vielfältigen Aufgaben erholt sie sich gern bei Spaziergängen, beim Schwimmen oder beim Lesen guter Bücher. Ihr ganzer Stolz sind Tochter und Enkelkind.

Für die SPD führt Inge Kükelhan die Vorschlagsliste zur Kommunalwahl für den Gemeindevwahlbereich 32 (Braunschweig Nordwest) an.

Braunschweigs Wirtschaftsförderung hatte 5 Jahre Pause

■ Erinnern Sie sich noch? Als die CDU zur Kommunalwahl 2001 einen OB-Kandidaten suchte, legte sie sich von vornherein fest: Es muss ein Wirtschaftsfachmann sein. Sie bekam Herrn Dr. Hoffmann, Jurist und Verwaltungsbeamter. Und um der vorherigen Festlegung zu entsprechen, beschloss die Partei einfach, Dr. Hoffmann sei so ein Wirtschaftsfachmann. So wurde Dr. Hoffmann OB, und entsprechend der Beschlusslage erklärte er die Wirtschaftsförderung zur Chefsache und zu seiner wichtigsten Aufgabe. Er versprach, im Laufe der nächsten fünf Jahre bis zu 4000 neue Arbeitsplätze nach Braunschweig zu holen.

Schnell musste er allerdings feststellen, dass er einen sehr steinigen Acker zu bearbeiten hatte. Während zur Zeit der deutschen Teilung die Zonengrenzregion

Braunschweig erhebliche staatliche und EU-Zuschüsse zur Ansiedlung neuer Arbeitsplätze erhielt, ist es damit vorbei. Die Zuschüsse fließen in die neuen Bundesländer, zum Beispiel nach Sachsen-Anhalt. Unter diesen Voraussetzungen wurde Wirtschaftsförderung eine Sisyphusarbeit. Und jeder Misserfolg, jede Abwanderung fiel sofort auf den höchsten Wirtschaftsförderer zurück – auf CDU-OB Dr. Hoffmann.

Das sah der sich nicht lange an. Schon im Jahr 2002 – ein Jahr nach seinem Amtsantritt – löste er die Wirtschaftsförderung aus dem Rathaus heraus und schloss sie dem „Technologiepark Braunschweig“ an. Damit war er die unmittelbare Verantwortung los – Chefsache hin, Wahlkampfauflage her.

Der Clou gelang ihm allerdings mit der Berufung von Joachim

Roth, bis 2004 Generalbevollmächtigter der Braunschweiger Versorgungs-AG, zum Wirtschaftsdezernenten. Jetzt hat er einen weisungsgebundenen Wirtschaftsförderer in der Dezernentenkonferenz. Und außerdem darf der immer vor die Presse treten, wenn Arbeitsplatzverluste zu beklagen sind – Erfolge verkauft der Chef.

Leider gibt es nicht so viele davon. Und so muss in Wahlkampfzeiten mit einer Pressemitteilung der Stadtverwaltung als Erfolg verkauft werden, dass für die Wirtschaftsförderung seit 2002 jährlich das Dreifache ausgegeben wird und die Zahl der Mitarbeiter von fünf auf elf gestiegen ist.

Schön und gut, aber eine Erfolgsbilanz sieht anders aus: Da misst man nicht das, was hineinsteckt wurde, sondern was die Be-

mühungen als Erfolg erbracht haben. Und diese „Erfolgsbilanz“ ist einigermaßen trostlos.

Nach den Unterlagen des DGB ist in Braunschweig in der Zeit von 2001 bis 2005 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze von 108 002 auf 103 445 zurückgegangen, also um 4 557. Davon entfielen 1 370 auf das Bauhauptgewerbe, 450 auf den Hotel- und Gaststättenbereich und 1 421 auf den Handel. Noch einmal: Statt der versprochenen Zunahme um 4 000 Arbeitsplätze eine Abnahme um über 4 500! Kein Wunder, dass CDU-OB Hoffmann keine konkreten Zahlen nennen will.

Einziger Trost auf dem Arbeitsmarkt übrigens: Wenigstens VW-Financial Services blüht, wächst und gedeiht. Diese Ansiedlung geht allerdings auf den ehemaligen OB Gerhard Glogowski zurück!

Öffentlicher Personennahverkehr in Braunschweig - Bürger ausgeschlossen von Bussen und Bahnen?

■ Braunschweig ist die zweitgrößte Stadt in Niedersachsen. Doch im Hinblick auf die Angebotsituation im Öffentlichen Nahverkehr scheint sich unsere Stadt zügig in eine Kleinstadt zu verwandeln.

Neben den jüngsten Fahrplanumstellungen plant man für Oktober weitere großflächige Linien- und Angebotsänderungen, zu denen eine komplette, kaum nachvollziehbare Umstellung des Stadtbahnnetzes auf neue Nummern und Linienwege sowie eine Veränderung der Taktzeiten gehören. Konkret heißt das: Busse und Bahnen fahren seltener. Außerdem ist geplant, ganze Linien wegzulassen, so zum Beispiel die wichtige Ringlinie 439.

Und was sagen die Bürgerinnen und Bürger dazu? Das scheint die Verantwortlichen nicht zu interessieren. Bürgerbe-

teiligung ist offensichtlich nicht nur bei wichtigen Fragen der Stadtentwicklung unerwünscht, sondern neuerdings auch dann, wenn es um die Liniennetzgestaltung und den Fahrplan der Braunschweiger Verkehrs-AG geht.

Zwar wurden im März die Bezirksbürgermeister sowie die Fraktionsvorsitzenden der Stadtbezirksräte zum Gespräch eingeladen. Wer aber glaubte, dass den anwesenden Kommunalpolitikern aus den Bezirksräten dort detailliertere Informationen über die neuen Taktzeiten, geschweige denn ein Plan des neuen Liniennetzes inklusive Begründung vorgelegt wurde, der musste enttäuscht nach Hause gehen. Selbst dem Verwaltungsausschuss wurde lediglich eine „Grobkonzeption“ zum Beschluss vorgelegt, in der wesentliche Angaben zu den entscheidenden Veränderungen fehlten.

Ziel moderner Verkehrspolitik ist es, die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Auch unter dem Gesichtspunkt, Kosten senken zu müssen, kann ein kommunaler Verkehrsbetrieb ein attraktives Angebot für die Bürgerinnen und Bürger bereithalten. Andere Kommunen im Bundesgebiet haben vorgemacht, dass man das Ziel der Kostensenkung erreichen und zusätzlich noch neue Fahrgäste gewinnen kann.

Doch dazu müssen die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Das heißt: Man muss einen guten und verlässlichen Öffentlichen Nahverkehr auch wollen. Die SPD fordert, dass dazu aus dem Rathaus endlich Vorgaben kommen, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger wahren.



■ Jusos aus Velbert nach einem Wahlkampfeinsatz für Dr. Friedhelm Possemeyer in Braunschweig. Frank Telega aus Velbert (rechts im Bild) begründet das Engagement: Wir haben uns auf die Fahnen geschrieben, Friedhelm Possemeyer in Braunschweig zu unterstützen. Er hat in Velbert jede Menge im Bereich Jugend, Familie und Schule bewegt. Wir wünschen uns, dass er ähnliches auch in Braunschweig leistet. Auch wenn er uns in unserer Stadt dann fehlen wird.

Foto: Alexander Gräbner

Kandidat zur Ratswahl im Wahlbereich 31

Mathias Möreke

■ Mathias Möreke ist in Braunschweig geboren und aufgewachsen. Dem Realschulabschluss folgte die Ausbildung als Werkzeugmacher bei Volkswagen. Nach einer Weiterbildung zum Personalfachkaufmann arbeitet er in der Business Unit Braunschweig der Volkswagen AG.

Schon früh engagierte sich Möreke als Jugend- und Auszubildendenvertreter für Fragen der Berufsbildung. Sein engagierter Einsatz für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen führte zu seiner Wahl in den Betriebsrat des VW-Werkes in Braunschweig, dessen stellvertretender Vorsitzender er seit vier Jahren ist.

Mit 25 Jahren trat Mathias Möreke in die SPD ein. Dort arbeitet er im Vorstand des Unterbezirks Braunschweig mit. Vor allem aber ist er aktiv im Bereich Regionaler Arbeitsmarkt und Strukturpolitik. Als Mitglied im Kernteam wirkte er mit an der Erarbeitung des Konzeptes für das Projekt REGION Braunschweig und ko-



Foto: Dirk Alper

ordiniert für den Gesamtbetriebsrat der Volkswagen AG die Aktivitäten auf diesem Gebiet.

In der Freizeit sind ihm seine Familie mit den Töchtern Marisa (7) und Luisa (1), aber auch der Radsport und Gespräche mit Freunden wichtig. Wenn es die Zeit erlaubt, geht er Bergwandern.

Die SPD nominierte Mathias Möreke auf Platz 1 der Vorschlagsliste zur Gemeinderatswahl im Wahlbereich 31 (Westlicher Ring).

Razzia auf ECE-Baustelle im Schlosspark

■ Als CDU und FDP im Rat für den Bau des ECE-Einkaufszentrums im Schlosspark stimmten, war ein wichtiges Argument, dass ein erheblicher Teil der Bausumme von etwa 200 Millionen Euro in den Auftragsbüchern der ortsansässigen Firmen landen werde. Das werde sicherlich zu einem kräftigen Wachstumsschub für die Wirtschaft in Stadt und Region führen.

Schon damals haben viele das für eine Fabel gehalten. Die Entwicklung gibt den Skeptikern Recht – nein, in Wirklichkeit ist alles noch viel schlimmer.

Generalunternehmer für den Bau ist die HOCHTIEF-AG, ein bundesweit tätiger deutscher Baukonzern. Der beschäftigt aber schon längst kaum noch eigene Bauarbeiter. Stattdessen gibt er Teilaufträge an Subunternehmer weiter, die über Ausschreibungen ermittelt werden. Der günstigste Anbieter – aus Sicht von Hochtief – erhält den Zuschlag. Oft ist dieser günstigste Anbieter ein Unternehmen aus Osteuropa. So erstellt in Braunschweig ein Unternehmen aus Polen den Rohbau.

Diese Baustelle war Ende Mai

Ziel einer Großrazzia des Zolls. 250 Beamte aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt überprüften den ganzen Tag lang alle Arbeitnehmer, die sie auf der Baustelle

ermitteln wollten. Der Verdacht lautete auf Unterschreitung des Mindestlohns. Denn auch ein ausländisches Unternehmen, das hier in Deutschland tätig wird, muss sich an die deutschen Mindestlöhne halten, damit keine Wettbewerbsverzerrung stattfindet. Schon die ersten Ergebnisse scheinen den Verdacht zu bestätigen: Bei 20 Arbeitnehmern haben möglicherweise zu Unrecht Sozialleistungen bezogen. Und 20 weitere Arbeitnehmer haben angegeben, nicht den vorgeschriebenen Mindestlohn erhalten zu haben.

Fakt ist, dass eine ordnungsge-

mäß kalkulierende Baufirma bei solchen Großbaustellen kaum eine Chance hat, den Auftrag zu erhalten. Der Generalunternehmer vergibt die Bauleistungen an Subun-

ternehmern zu Preisen, die kaum die Lohnkosten decken, und wäscht ansonsten seine Hände in Unschuld. Dabei müsste auch ihm auffallen, dass immer die gleichen Arbeiter vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf der Baustelle zugange sind. Denn das ist die gängige Praxis: Den Arbeitern

wird der Mindestlohn für die tarifliche Arbeitszeit gezahlt: In Wirklichkeit arbeiten sie aber 60 Wochenstunden oder mehr - ohne Nacht- Sonn- und Feiertagszuschlag. Und diese Minilöhne werden oft mit monatelanger Verspätung ausgezahlt, damit die Firma ein weiteres Druckmittel gegen die Arbeiter in der Hand hat.

Wie Hohn klingt es da, wenn der Projektleiter der Firma Hochtief erklärt: „Wir haben nichts zu verbergen und sind es gewohnt, das der Zoll auf unseren Baustellen ist.“ Woran das wohl liegt?

Ungewohnt bescheiden auch CDU-OB Dr. Hoffmann. Gerade eine 7-Zeilen-Presserklärung war ihm die Großrazzia auf Braunschweigs Prestigebaustelle wert. Darin begrüßt er ausdrücklich das Einschreiten von Zoll und Polizeibehörde auf der ECE-Baustelle. Was bleibt ihm auch anderes übrig? Besser wäre es gewesen, er hätte eine saftige Vertragsstrafe mit ECE für den Fall vereinbart, dass die von ECE beauftragten Firmen gegen die Bestimmungen verstößen – oder noch besser die Beauftragung von Baufirmen aus Stadt und Region.

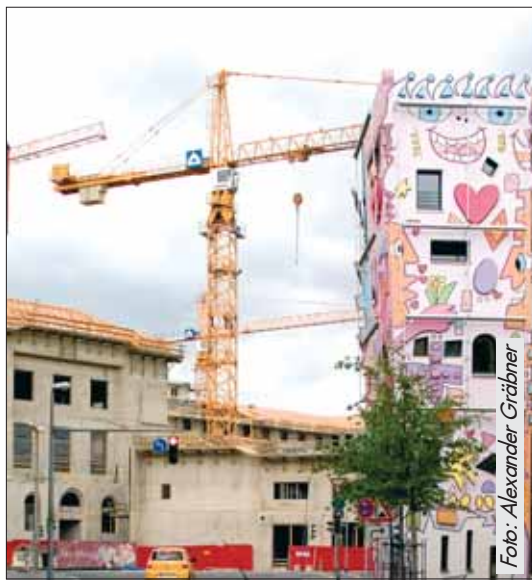


Foto: Alexander Gräbner

Kandidat zur Ratswahl im Wahlbereich 33 Klaus Winter

■ Ein Braunschweiger mit Leib und Seele: Klaus Winter, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig. Geboren in Braunschweig und aufgewachsen im Siegfriedviertel kennt er dort sozusagen Hin- und Kunz. Dort besuchte er die Nibelungenschule und ist Mitglied im SV Olympia und im Kleingartenverein Siegfried.

Der staatlich geprüfte Betriebswirt arbeitet seit 1984 bei den Stadtwerken Braunschweig und ist seit 2004 Teamleiter der Netzwirtschaft der Braunschweiger Versorgungs-AG.

Früh engagierte er sich in der Politik: Als 17-jähriger trat er in die SPD ein – selbstverständlich im Ortsverein Siegfried, dessen Vorsitzender er seit 1981 ist. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied im Stadtbezirksrat Nordstadt, und seit 1986 gehört er dem Rat der Stadt an. Dort wurde der passionierte Fußballspieler sogleich Mitglied im Sportausschuss. Und während er sich in dieser Eigenschaft engagiert für die Belange der vielen Sportlerinnen und Sportler unserer Stadt



Foto: Dirk Alper

einsetzte, war er auch gefürchteter Linksaußen in der Fußballmannschaft von Rat und Verwaltung. Mit diesem Hobby muss er nun kürzer treten: seit 2001 ist er Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion.

Natürlich kandidiert Klaus Winter wieder für den Rat – auf Platz 1 der Liste der SPD im Gemeindevahlbereich 33 (Nördlicher Ring). Für die nähere Zukunft hat er daher zwei Wünsche: den Sieg der SPD bei der Kommunalwahl im Herbst – und den Wiederaufstieg von Eintracht Braunschweig in die erste Bundesliga!

ECE-Kaufhaus im Schlosspark verändert unsere Stadt

Schon ein Jahr vor Fertigstellung verändert das ECE-Schloß nachhaltig die Einkaufslandschaft in Braunschweig. Weitere Leerstände drohen.

Erinnern Sie sich noch? Es gab – und es gibt – in unserer Stadt schon immer erhebliche Diskussionen über den Schlosspark. Oft war vom Wiederaufbau des im Kriege ausgebombten Stadtschlusses die Rede. Und dann wurde an dieser Stelle der Bau des ECE-Einkaufszentrums mit angefügtem Schloss durchgesetzt – im Rat mit der Mehrheit von einer Stimme, der von Oberbürgermeister Dr. Hoffmann. Dabei hatte der OB zuvor öffentlich – wohl im Glauben das Projekt fände ja sowieso nur breite Zustimmung – versichert, ein so wichtiges Projekt nicht mit Einstimmen-Mehrheit durchsetzen zu wollen.

Selbst Anhängern der Schlossrekonstruktion wird er nun langsam unheimlich – der riesige Betonklotz, der zwischen Bohlweg, Magniviertel, Steinweg und Theaterwall entsteht. Das mag weniger für die zum Bohlweg zeigende Fassade des Klotzes gelten. Diese Betonteile sollen ja alle mit Steinquadern verkleidet werden, die dem Baumaterial des ehemaligen Schlosses entsprechen. Dem äußeren Eindruck nach wird so das Schloss wieder entstehen. Aber die

riesigen Abmessungen des gesamten Bauwerkes erschrecken, obwohl der Koloss an den anderen Seiten noch längst nicht seine vorgesehene Höhe erreicht hat.

Aber eine andere Entwicklung gibt noch viel mehr Anlass zur Sorge: Wie wird es mit dem innerstädtischen Einzelhandel weitergehen? Seit Jahren ist Flebbe geschlossen – kein Nachmieter in Sicht. Störig am Kohlmarkt ist auch noch geschlossen, wird aber immerhin umgebaut. Im Herbst wird Kimmich schließen, das Textilkaufhaus gegenüber Karstadt, vielen Braunschweigern noch als Kaufhaus Stöber oder bilka bekannt.

Und nun hat das Schuhhaus Bartels mitgeteilt, dass es seine Filiale am Kohlmarkt Ende Juni schließen wird. Grund laut Geschäftsführung: Nach Fertigstellung des ECE-Centers verliert der Kohlmarkt – derzeit noch eine 1a-Lage – so an Attraktivität, dass es besser ist, den Standort zu schließen.

Diese Entwicklung ist eine Katastrophe für CDU-OB Dr. Hoffmann und gefährlich für Braunschweig Innenstadt. Immer wieder hatte der OB Befürchtungen als Panikmache zurückgewiesen, das



Für viele Braunschweiger Geschäfte ist das ECE eher Bedrohung als Chance. Die Stadt muß durch aktive Politik gegen die drohende Verödung der Innenstadt jenseits der Münzstraße arbeiten.
Foto: Alexander Gräbner

ECE-Center werde die Attraktivität der Innenstadt beschädigen. Nun hat zum ersten Mal ein Einzelhändler – kein politischer Gegner – mitgeteilt, wie er die Auswirkungen von ECE einschätzt, und daraus bereits jetzt seine Konsequenzen gezogen. Und zusätzlich teilt Bartels mit, dass diese Entwicklung typisch für mehr als 40 Städte in Deutschland ist, in denen ECE ein solches Zentrum aufgemacht hat – so wie es viele Gegner

des Projektes immer befürchtet haben.

Im nächsten Jahr wird das ECE-Center eröffnet werden. Eine Vielzahl von Geschäften, die bisher zum Einkaufserlebnis in der Innenstadt beitragen, wird dann dorthin verlagert werden. Es bleibt nur noch zu hoffen, dass dadurch nicht eine Reihe weiterer Leerstände entstehen wird – zurückdrehen lässt sich die Entwicklung nicht mehr.

Kehrtwende in der Baulandpolitik?

Die Braunschweiger Zeitung lobte die erfolgreiche Baulandpolitik der Stadt und schmückt OB Hoffmann mit fremden Federn.

■ Der Termin der Kommunalwahl rückt näher und es müssen Erfolgsmeldungen her. Offensichtlich gibt es aber nicht genug, was man den Wählerinnen und Wählern als Erfolg verkaufen kann, und so müssen solche Erfolge herbeigeredet werden. Wie anders ist es zu erklären, dass die Pressestelle des Rathauses eine umfangreiche Meldung zur Entwicklung der Einwohnerzahlen absetzte? In dieser Meldung freut sich OB Dr. Hoffmann: „Unsere Stadt wächst wieder. Mit einer attraktiven Baulandpolitik und einem sehr guten Angebot an Einrichtungen für Familien mit Kindern ist es gelungen, die Menschen an unsere Stadt zu binden und neue Einwohner zu gewinnen.“

Früher sei vor allem die unzureichende Versorgung mit Bauland ein Problem gewesen. „Das machen wir jetzt völlig anders“ – so CDU-OB Hoffmann. „In der Baulandpolitik haben wir eine Kehrtwende eingeleitet.“

Die Botschaft ist klar – frühere Stadtverwaltungen haben versagt, und der jetzige Amtsträger musste alles richten. Und die Braunschweiger Zeitung übernahm diese Darstellung fast wörtlich und setzte gleich noch eins drauf. In dem Artikel „Nach 2000 kam der Wandel in der Baulandpolitik“ heißt es:

„In Braunschweig war vor allem unter dem Einfluss der Grünen, die mit der SPD die Mehrheit im Rat bildeten, vor allem auf verdichtetes Bauen, auf Reihenhäuser und Geschosswohnungsbau gesetzt worden. Doch die Menschen wollten ihre eigenen Vorstellungen vom Wohnen entwickeln und zogen ins Braunschweiger Umland. Dieser Ab-

wanderung wird seit 2002 (also nach dem Amtsantritt Dr. Hoffmanns - die Redaktion) durch die Ausweisung von mehr Land für individuelles Bauen entgegengesteuert.“

Ein toller Artikel - aber leider vollkommen falsch. So führt eine Mitteilung vom November 2000 an den Rat der Stadt für die Jahre 1996 bis 2000 insgesamt 17 neue abgeschlossene Bebauungspläne mit 2707 Wohneinheiten auf.



Braunschweig hat zur Zeit über 25 Baugebiete. Davon sind aber nur wenige wirklich neu, und die Zahl der Bauplätze dort ist meist gering. Gebaut wurden in Braunschweig Einfamilienhäuser vor allem in den Baugebieten, die schon vor 2001 geplant wurden.
Foto: Alexander Gräbner

Und der Clou: 1571 dieser Wohneinheiten waren für Einfamilienhäuser vorgesehen und 1136 für Mehrfamilienhäuser. Also ein deutliches Übergewicht für die Einfamilienhausbebauung trotz der angeblichen Gegnerschaft der Ratsmehrheit von SPD und Grünen. Und so geht es weiter: Für die Jahre 2001 bis 2005 waren damals Planungen für weitere 3888 Wohneinheiten vorgesehen – auch hier mit einem Übergewicht für Einfamilienhausgrundstücke, nämlich 1996 Einheiten gegenüber 1892 für Mehrfamilienhausbebauung. Dies alles bei

der Ratsmehrheit von SPD und Grünen.

Von einer Kehrtwende durch CDU-OB Dr. Hoffmann kann also keine Rede sein. Und dass so viele Bauwillige ins Umland abwandern – auch heute noch – hat einen ganz anderen Grund: Die Grundstückspreise sind dort deutlich günstiger. Auch daran hat sich nichts geändert.

Für die erfreuliche Zunahme der Einwohnerzahl Braunschweigs

gibt es übrigens einen einfachen Grund: Seit mehreren Jahren gibt es eine Prämie für Studenten, wenn sie sich nicht mit zweitem, sondern mit erstem Wohnsitz in Braunschweig anmelden. Das rechnet sich für die Stadt, weil dann die Zuwendungen des Landes aus dem kommunalen Finanzausgleich steigen, und es rechnet sich für die Studenten. Das ist gut für alle Beteiligten – aber diese Wahrheit ist für die Stadtführung als Erfolgsmeldung offensichtlich nicht attraktiv genug.

Entscheidungen der CDU/FDP-Landesregierung kommen Braunschweig teuer zu stehen

■ Die Landesregierung hat den kommunalen Finanzausgleich gekürzt. Dadurch gingen Braunschweig im letzten Jahr fast fünf Millionen Euro verloren. Sparmaßnahmen des Landes bei der Altenpflege haben 929 Menschen neu oder mit höheren Beträgen in die Sozialhilfe getrieben, die von der Stadt bezahlt werden muss.

Teure Bildung

■ Die Landesregierung hat die Lernmittelfreiheit abgeschafft und Studiengebühren von 500 Euro pro Semester eingeführt. Damit wird Bildung wieder ein teures Gut, dass sich nicht jeder leisten kann.

SPD in Braunschweig will aktive Bürgerschaft

■ Lebendige Kommunalpolitik lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger in wichtige Entscheidungsprozesse einbezogen werden. In Braunschweig läuft das seit wenigen Jahren anders. Offenbar betrachtet CDU-OB Hoffmann solche Initiativen als Einmischung in „seine“ Angelegenheiten und hält davon wenig. Ganz schlimm wird es, wenn die Bürgerinnen und Bürger standhaft öffentlich eine andere Meinung vertreten als ihr Stadtoberhaupt. Dann sind sie Feinde, die mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Mehrfach wurden

Gerichtsverfahren verwendet, um unerwünschte Meinungsäußerungen zu unterbinden.

Nach Ansicht der Braunschweiger SPD passt ein solches Politikverständnis nicht in die heutige Zeit. „Moderne Kommunalpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass Entscheidungen nicht über den Bürger hinweg, sondern mit ihm getroffen werden. Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass ich immer Ihre Auffassungen übernehmen werde“, so Dr. Friedhelm Possemeyer, SPD-Oberbürgermeisterkandidat, zu Vertretern von Bürgerinitiativen. „Aber auf

eines können sie sich verlassen: Ich werde stets mit Ihnen reden, Ihre Argumente würdigen und mich bemühen, mit Ihnen zusammen zu Lösungen zu kommen, nicht über Sie hinweg.“

Bei der Kommunalwahl im September haben die Braunschweigerinnen und Braunschweiger also eine Alternative: ob sie als mündige Bürger behandelt werden wollen, die in Entscheidungsprozesse einbezogen werden – oder ob sie auch künftig nur Objekte der Politik sein wollen, ohne selbst mitgestalten zu dürfen.

Kandidat zur Ratswahl im Wahlbereich 12

Uwe Jordan

■ Uwe Jordan ist 55 Jahre alt, verheiratet, und hat drei Kinder. Nach der Berufsausbildung zum Bauzeichner und absolviertem Wehrdienst qualifizierte er sich auf dem zweiten Bildungsweg – über Fachhochschule und Aufbaustudium – zum Berufsschullehrer. Zur Zeit unterrichtet er an einer großen berufsbildenden Schule in Wolfsburg. Hier vertritt das Gewerkschaftsmitglied seine Kolleginnen und Kollegen im Personalrat.

Mit 25 Jahren trat er in die SPD ein. Seit 1979 wohnt er mit Frau, Kindern und Kater im Östlichen Ringgebiet. Dort ist er seit vielen Jahren mit großem Einsatz im Bezirksrat tätig. Dieses



Foto: Dirk Alper

hohe Engagement führte im Jahr 2001 zu seiner Wahl zum Bezirksbürgermeister.

Hier kommt man an dem Namen Uwe Jordan nicht vorbei –

sei es bei der souveränen Leitung einer Sitzung des Stadtbezirksrates, sei es bei seinem Engagement als stellvertretenden Vorsitzenden im Förderverein der IGS Franzisches Feld oder bei einer Kleinkunstveranstaltung in der Brunsviga, dem Kultur- und Kommunikationszentrum des Stadtteils.

Uwe Jordan wird als Kommunalpolitiker weit über die Grenzen seiner Partei hinaus geachtet und geschätzt. Seine Partei würdigt diese Wertschätzung mit dem ersten Platz auf dem Wahlvorschlag der SPD für den Gemeindevahlbereich 12 (Östlicher Ring).



Dr. Friedhelm Possemeyer

Unser Oberbürgermeister
für Braunschweig.

Kompetent und menschlich.



Dr. Friedhelm Possemeyer: Kommunalprofi mit Augenmaß

Der SPD-Kandidat Dr. Friedhelm Possemeyer steht für eine bürgernahe, hochprofessionelle Kommunalpolitik mit Sachverstand und Augenmaß. Er sieht sich selbst als Ratgeber einer aktiven Bürgerschaft. Possemeyer macht Kommunalpolitik zum Anfassenden, jederzeit nachvollziehbar für alle Beteiligten. „Dreh- und Angelpunkt ist dabei eine absolut transparente Haushaltspolitik, deren klares Ziel es ist, die Ausgaben den Einnahmen anzugleichen. Sparen gehört dazu, darf aber nicht zu Lasten der sozialen Versorgung der Bevölkerung gehen“, ist seine Überzeugung.

Possemeyer wird sich stark für die Umsetzung bundespolitischer Programme wie der Förderung schulischer Ganztagsangebote einsetzen. „Es gibt viele Fördertöpfe bis hin zur EU. Wenn man die Programme kennt, kann man im kommunalen Bereich auch heute noch eine Menge bewegen“, weiß Friedhelm Possemeyer aus seiner bishe-

rigen Tätigkeit als Beigeordneter im nordrhein-westfälischen Velbert. Braunschweig muss künftig von diesen Möglichkeiten stärker als bisher Gebrauch machen.

Für ihn sind die Verbesserung kommunaler Angebote und die nachhaltig angelegte Investition in städtische Infrastruktur wichtiger als prestigeträchtige Großprojekte. Possemeyer: „Es freut mich, wenn Menschen in Saarbrücken oder Hanau wissen, wie toll Braunschweig ist. Wichtiger ist mir aber, dass die Braunschweigerinnen und Braunschweiger das tagtäglich an „ihren“ städtischen Angeboten erfahren und sich hier bei uns wohl fühlen.“ Dazu beitragen sollen attraktive Innenstadt-Wohnquartiere, neue Baugebiete mit Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, aber auch eigene Angebote für die wachsende Zahl von Seniorinnen und Senioren.

Friedhelm Possemeyer wird als Oberbürgermeister in Braunschweig eine Kultur der Bürgerbe-

teilung pflegen, für eine bedarfsgerechte Anzahl von Krippenplätzen sorgen. Er will Ganztagsangebote für städtische Schulen schaffen und wieder ein breites kulturelles Angebot in der Stadt intensiv fördern.

Privatisierungen öffentlichen Eigentums, etwa des städtischen Klinikums, sind für ihn kein Instrument zur Haushaltssanierung. Er warnt deshalb vor einem weiteren Ausverkauf städtischen Vermögens und fordert im Gegenteil ein professionelles und zukunftsfestes Schuldenmanagement über die kommende Wahlperiode hinaus. „Wir tragen die Verantwortung für eine über Jahrhunderte gewachsene Stadt. Generationen von Menschen haben Braunschweig als ebenso lebens- wie liebenswert empfunden und für sich als Lebensmittelpunkt gewählt. Ich will dafür Sorge tragen, dass dies auch künftig so bleibt.“ verspricht Friedhelm Possemeyer für die Zeit nach dem 10. September.

Dr. Friedhelm Possemeyer – Zur Person

- 1959 in Emsdetten geboren
- 1979 Abitur am Gymnasium Martinum in Emsdetten
- 1979 - 1980 Bundeswehr (Grundwehrdienst)
- 1980 Studium der Politik- und Rechtswissenschaften in Münster
- 1988 - 1990 Rechtsreferendar am Landgericht Detmold
- 1991 Dissertation: „Die Reform der Kommunalverfas-

- 1991 Promotion zum Dr. phil.
- 1991 (Sept.) Regierungsrat im Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt
- 1992 Leiter des Dezernates für Verkehrswesen bei der Bezirksregierung Magdeburg
- 1993 Ernennung zum Oberregierungsrat
- 1993 Referent für kommun-

- nale Neugliederung des Innenministeriums Sachsen-Anhalts
- Oktober 1993 Ernennung zum Ersten Stadtrat der Stadt Helmstedt
- seit 1999 Beigeordneter der Stadt Velbert (90 000 Einwohner), Dezernent für Schule, Sport, Kultur, Recht und Ordnung.
- Seit 2003 in zweiter Ehe verheiratet mit Ehefrau Ute

Weitere Informationen unter www.friedhelm-possemeyer.de

Haushaltskaschierung à la Braunschweig

Ein pikantes Rezept aus der kommunalen „Ideenküche“

Ein bisschen Palermo, ein Schuss Milchmädchenrechnung und jede Menge Abgebrühtheit – so lautet das simple Rezept mit der derzeitige Braunschweiger CDU-Stadtspitze ihren Bürgern den Haushalt schön rechnet. Ein Blick auf die tatsächlichen Zutaten hingegen lässt dem verantwortungsvollen Zeitgenossen den Appetit vergehen.

Vor der Übernahme der Kommune durch die CDU beliefen sich die Schulden der Stadt mit Stand zum 31.12.2001 auf 468,7 Mio. Euro. Diese waren allerdings abgesichert durch erhebliche städtische Vermögenswerte im deutlich vierstelligen Millionenbereich. Der sich gern als Finanzsanierer feiernde Oberbürgermeister Hoffmann begann nun in 2002 mit einem radikalen Verkauf dieser Vermögenswerte. Bis Anfang dieses Jahres gelang ihm die beispiellose Trennung

von städtischem Eigentum mit einem Gesamtwert von 734,2 Millionen Euro. Viele dieser Vermögenswerte aller Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger, in „fetten Jahren“ angeschafft aus Steuereinnahmen, sind heute unwiederbringlich verloren.

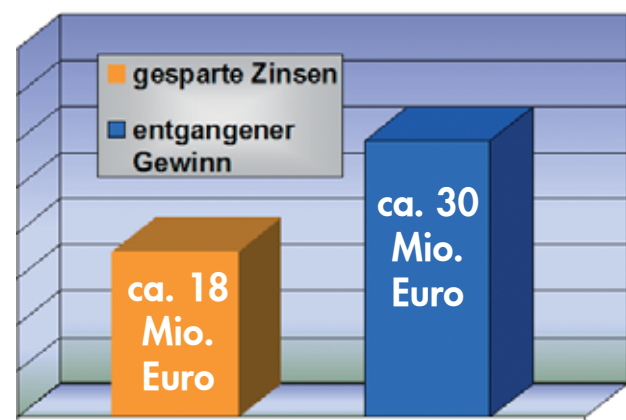
Darf's ein bisschen mehr sein?

Ob Fahrbahnmarkierungen, städtischer Grundbesitz, große Anteilspakete an Stadtentwässerung und -Versorgung – die Stadtverwaltung liefert sich und die Braunschweiger Bürger mit dieser Vorgehensweise für Jahrzehnte dem Profitstreben derjenigen

Dienstleister aus, die diese Einrichtungen übernommen haben.

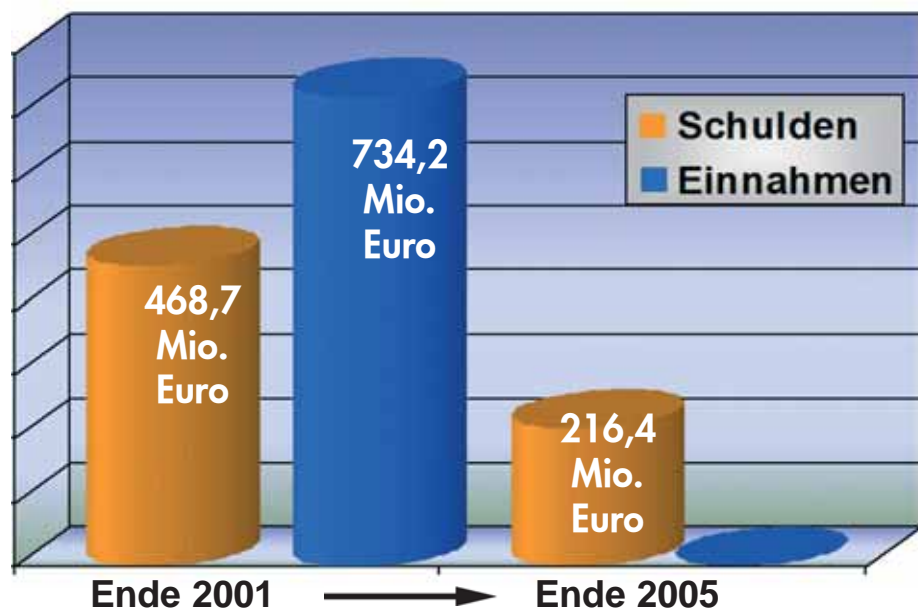
Wären mit diesen Verkäufen die Schulden der Vergangenheit getilgt und die städtischen Finanzen wenigstens für die Zukunft gesichert, ließen sich vielleicht noch positive Aspekte ableiten. Aber: Vom ursprünglichen Schuldenstand blieben zum Jahresende 2005 immer noch 216,4 Millionen Euro übrig. Was hat die Stadt mit den restlichen 482 Millionen gemacht? Sie wurden zum Haushaltsausgleich eingesetzt und versickerten in zahlreichen Nebenhaushalten. So saniert man keinen Haushalt, so errichtet man allenfalls Fassaden, die bei ge-

Wirtschaftliches Handeln der besonderen Art, Teil 2: Die Stadt spart zwar wegen der geringeren Schulden einiges an Zinszahlungen ein, dafür verzichtet sie aber auch Jahr für Jahr auf deutlich höhere Gewinne aus ihren Beteiligungen. Unterm Strich haben OB Dr. Hoffmann und die CDU/FDP-Fraktionen hier wohl Jahr für Jahr etliche Millionen Euro verschenkt.



nauerer Betrachtung einstürzen. Wirkliche Schritte zur Haushaltssanierung hat OB Hoffmann seinem Nachfolger überlassen.

Die Lösung des derzeitigen Dilemmas kann nur in einem künftig behutsameren Umgang mit Ersparnis, der sorgfältigeren Überprüfung von städtischen Ausgaben und der Erschließung neuer Einnahmequellen unter Einbeziehung der konkreten Bürgerbedürfnisse liegen.



Wirtschaftliches Handeln der besonderen Art, Teil 1: Trotz enormer Einnahmen durch Vermögensverkäufe und Übertragung von Nutzungsrechten seit 2001, wurden die Schulden durch OB Dr. Hoffmann nur vergleichsweise gering abgebaut.

Quelle: Broschüren der Stadt Braunschweig

Impressum
Braunschweiger Volksfreund
Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig
Redaktion: Detlef Kühn (ViSDP), Alexander Gräbner, Sigrid Herrmann, Nicole Palm, Manfred Pesditschek
Druck: Braunschweig Druck
Erscheinungsweise: unregelmäßig, Auflage: 146.000.
Bankverbindung
Spendenkonto
SPD-Braunschweig
SEB, BLZ 270 101 11
Konto 1006001200

Einladung

24. Juni '06, 11.30 – 13.30 Uhr

Bayrischer Frühschoppen

Dr. Friedhelm
Possemeyer trifft:
Christian Ude

Oberbürgermeister von München

Sigmar Gabriel

Bundesumweltminister

auf dem Kohlmarkt
in Braunschweig.

